



## PRESSEINFORMATION

11 / 2009  
15. Oktober 2009

**Bundesvereinigung  
Bauwirtschaft**

Kronenstraße 55-58  
10117 Berlin

Tel.: 030 203 14-409

Fax: 030 203 14-420

eMail: bau@zdb.de

www.bv-bauwirtschaft.de

Verantwortlich für Presse-  
und Öffentlichkeitsarbeit:  
Dr. Ilona K. Klein

### Schneider: Korrektur der Wohnungsbaupolitik ist Hauptforderung an schwarz-gelbe Koalition

„Der Wohnungsneubau muss uns mit Sorge erfüllen, und nicht nur, weil Bauunternehmen leere Auftragsbücher haben, sondern vor allem auch, weil wir in einigen Regionen Deutschlands bereits wieder auf Wohnungsknappheit zulaufen. Hier muss die Politik endlich gegensteuern: Das ist auch eine unserer Hauptforderungen an die neu gewählte Bundesregierung.“ So der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider, in Berlin.

Schneider machte deutlich, dass aufgrund einer Studie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung der allein aus der demografischen Entwicklung abgeleitete Neubaubedarf auf jährlich 225.000 Wohnungen beziffert werde. Rechnet man den qualitativen Bedarf in Höhe von rund 175.000 Wohnungen mit ein, so liege der jährliche Baubedarf bei rund 400.000 Wohnungen pro Jahr, um mittel- und langfristig den Bedarf an bezahlbaren und energetisch vernünftigen Wohnungen zu decken.

„Aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage sind gerade junge Familien mit Kindern förmlich ausgegrenzt worden, sich die eigenen Vier-Wände leisten zu können, und das trotz niedriger Hypothekenzinsen. Das kann nicht in unser aller Interesse sein.“ So Schneider.

Schneider weiter: „Daher haben wir uns schon im vergangenen Jahr für ein Optionsmodell stark gemacht: Danach kann in die Baufinanzierung eingebrachtes Eigenkapital ebenso wie Tilgungsleistungen für Fremdkapital noch in der gleichen Periode steuerlich abgesetzt werden. Die daraus entstandene Steuerschuld wird verzinst und später nachgelagert versteuert. Das Optionsmodell hat darüber hinaus den Vorteil, dass es sich problemlos auch auf Bestandsmaßnahmen anwenden lässt. Wir erneuern unsere Forderung und appellieren an die Unterhändler der neuen Regierungsparteien, sich diesem Vorschlag zu öffnen.“

Für den Mietwohnungsbau schlägt die deutsche Bauwirtschaft vor, die Abschreibungssätze von zwei auf vier Prozent zu verdoppeln.

Um das Tempo der energetischen Gebäudesanierung zu beschleunigen, sollten weitere Anreize gesetzt werden. „Wichtig dabei ist, dass insbesondere die privaten Eigentümer bereit sind, in ihre Immobilie zu investieren.“ So der Vorsitzende der BVB. Dazu kann u.a. die Erhöhung des sog. Handwerkerbonus für Arbeitskosten bei Handwerkerleistungen im Bestand auf ein Fördervolumen von 20.000 Euro beitragen. Dies würde zu einer Steuerermäßigung von 4.000 Euro führen.



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



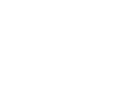
Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Bauhandwerkler

„Diese Steuerersparnis kann sich auf 5.000 Euro erhöhen, wenn sich die nachgewiesenen Arbeitskosten auf energetische Sanierungsmaßnahmen beziehen.“ Erläuterte Schneider den Vorschlag der Bauwirtschaft.

Darüber hinaus müssen die KfW-Förderprogramme über das Jahr 2010 hinaus verstetigt und um ein Programm zur Förderung von Abriss und Neubau ergänzt werden. „Denn oftmals können bestehende Wohngebäude nur mit unverhältnismäßig hohen Mitteln an moderne energetische und funktionale Anforderungen angepasst werden, so dass sich nur ein Abriss und Neubau an derselben Stelle lohnt.“ Sagte Schneider.

Abschließend forderte Schneider stabile Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau. Er lehnte in diesem Zusammenhang eine Verschärfung der gerade in Kraft getretenen EnEV 2009 ab und forderte, auf die EnEV 2012 zu verzichten.